

Lippelt, Jana; Mayer, Lea

Article

Kurz zum Klima: Nach Paris - wie geht es weiter? Weltweite Umsetzung des Abkommens

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Lippelt, Jana; Mayer, Lea (2017) : Kurz zum Klima: Nach Paris - wie geht es weiter? Weltweite Umsetzung des Abkommens, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 70, Iss. 18, pp. 42-45

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/175112>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Jana Lippelt und Lea Mayer

Kurz zum Klima:

Nach Paris – wie geht es weiter?

Weltweite Umsetzung des Abkommens

Im November 2016, nur knapp ein Jahr nach der Klimakonferenz in Paris, ist das dort verhandelte Klimaabkommen in Kraft getreten. Zum Inkrafttreten war die Ratifizierung durch mindestens 55 Länder nötig, die zusammen für 55% der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich sind. Bis Mitte August 2017 haben inzwischen 195 Länder das Abkommen unterschrieben, von diesen haben es bereits 160 Länder mit einem Emissionsanteil von 86,3% ratifiziert (vgl. Potsdam Institut für Klimafolgenforschung 2017) (vgl. Abb. 1a).

ERGEBNISSE VON MARRAKESCH

Nachdem sich im Pariser Abkommen im Gegensatz zum Kyoto-Protokoll neben den Industriestaaten nun auch Schwellen- und Entwicklungsländer zu Klimaschutzmaßnahmen (in Form von nationalen Klimabeiträgen INDC – *Intended Nationally Determined Contributions*) verpflichtet haben, wurde in der vergangenen Klimakonferenz in Marrakesch (2016) die Einigung auf eine regelmäßige Überprüfung der nationalen Klimaschutzpläne sowie die Entwicklung von Transparenzplänen vorangetrieben. Im Wesentlichen einigten sich die Vertragsstaaten darauf, hierfür bis 2018 konkrete Regeln vorzulegen, mit Hilfe derer die nationalen Klimabeiträge stetig verschärft werden. Hintergrund dafür ist die Tatsache, dass die bislang von den Staaten eingereichten Klimabeiträge nicht ausreichen, um die globale Erwärmung auf unter 2°C bzw. sogar auf 1,5°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen (vgl. Hickmann 2017). Hierzu sei eine Reihe von Beispielen genannt:

Als Zusammenschluss von Industriestaaten hat die Europäische Union im Rahmen des Pariser Abkommens gemeinsame Ziele festgelegt. Bis 2020 soll der Ausstoß von Treibhausgasen verglichen mit 1990 hier um 20%, bis 2030 um 40% und bis 2050 um 80–95% verringert werden. Der Anteil von erneuerbaren Energien am gesamten Energieverbrauch soll dabei 2020 bei 20% liegen und 27% im Jahr 2030 erreichen, die Energieeffizienz soll bis 2020 um 20% und bis 2030 um 27% steigen. Die Mitgliedstaaten können diese Ziele oder höhere eigene Ziele verfolgen. Schweden beispielsweise hat sich für 2050 das ambitionierte Ziel gesetzt, klimaneutral zu agieren, d.h. nicht mehr Treibhausgase auszustoßen als abgebaut werden können (vgl. Europäische Kommission 2017).

Neben der Europäischen Union als Ganzes und den USA zählen China und Indien weltweit zu den Staaten mit dem höchsten Ausstoß von Treibhausgasen (vgl. Abb. 1b). Im Rahmen des Paris-Abkommens hat sich China daher mehrere Umweltziele gesetzt, die bis 2030 erreicht werden sollen. So soll der CO₂-Ausstoß pro Einheit des BIP um 60–65% gegenüber 2005 fallen. Spätestens 2030 soll der gesamte CO₂-Ausstoß der Volksrepublik den Höchststand erreicht haben und daraufhin kontinuierlich sinken. Außerdem sollen bis dahin 20% der Energie durch nicht-fossile Energieträger gewonnen werden, gleichzeitig soll sich das Volumen der Waldfläche um 4,5 Mrd. Kubikmeter im Vergleich zu 2005 erhöhen. Da China bereits seit 2009 Klimaziele verfolgt, hat die Republik diesbezüglich schon einiges erreicht. So sank der CO₂-Ausstoß pro Einheit des BIP bis 2014 um 33,8%, darüber hinaus wurden in diesem Zeitraum 11,8% der Energie durch nicht-fossile Energieträger erzeugt (vgl. Government of the People's Republic of China 2015). Um die Klimaziele zukünftig noch besser zu erreichen, wurde in China ein Emissionshandelssystem implementiert. Neben bereits laufenden Pilotprojekten in einigen Städten soll Ende 2017 das landesweite System gestartet und bis 2020 komplett umgesetzt werden (vgl. International Carbon Action Partnership 2017; The Climate Group 2017).

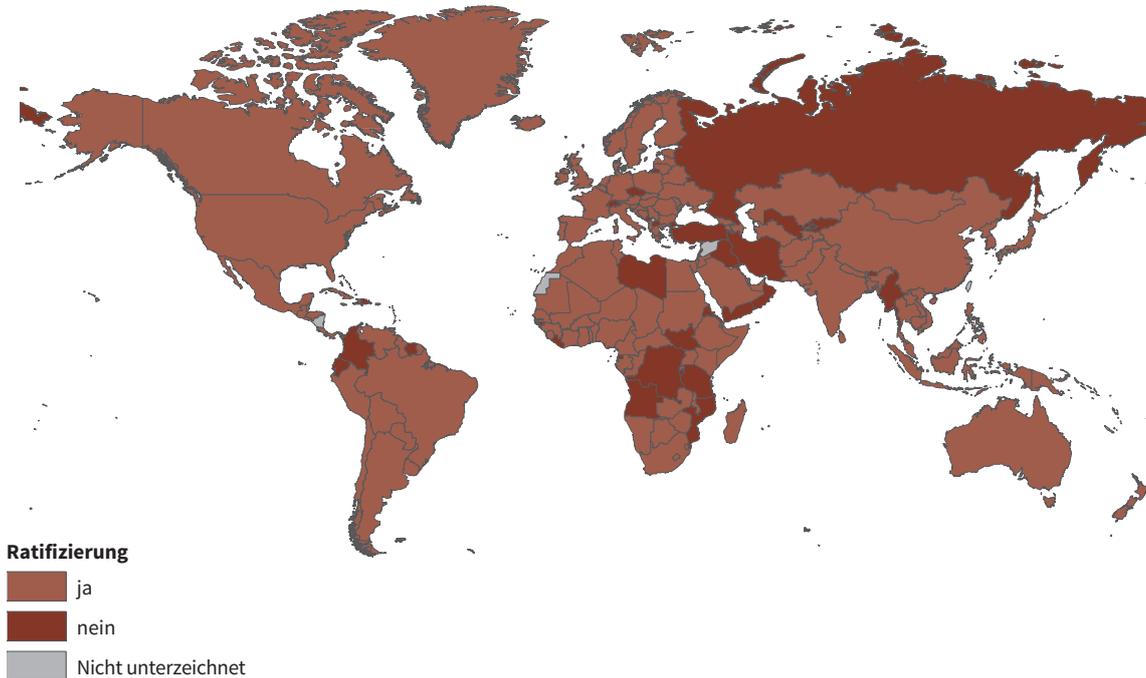
Indien kündigte im Rahmen des Abkommens bis 2030 eine Verringerung der Emission pro BIP-Einheit um 33–35% im Vergleich zu 2005 an. Außerdem sollen 40% der Energie durch nicht-fossile Brennstoffe erzeugt werden und 2,5–3 Mrd. Tonnen CO₂ zusätzlich durch größere Waldflächen gebunden werden (vgl. Government of India 2015). Das Ministerium für erneuerbare Energien zeigt auf seiner Website auf, welche Stückzahl für Wind-, Wasser- und Sonnenenergie 2015 geplant wurden und dass diese größtenteils schon erreicht wurden.

Ein weiteres Ergebnis der Konferenz in Marrakesch war die Gründung der »NDC Partnerschaft«, die es Entwicklungsländern erleichtern soll, die gesetzten Klimaziele zu erreichen. Der Verbund aus Regierungen und internationalen Institutionen zielt dabei auf den Austausch von Wissen sowie den verbesserten Zugang zu technischen und finanziellen Ressourcen ab (vgl. BMZ 2017). In diesem Zusammenhang einigten sich die Industrieländer bis zum Jahr 2020 zudem auf die

Abb. 1

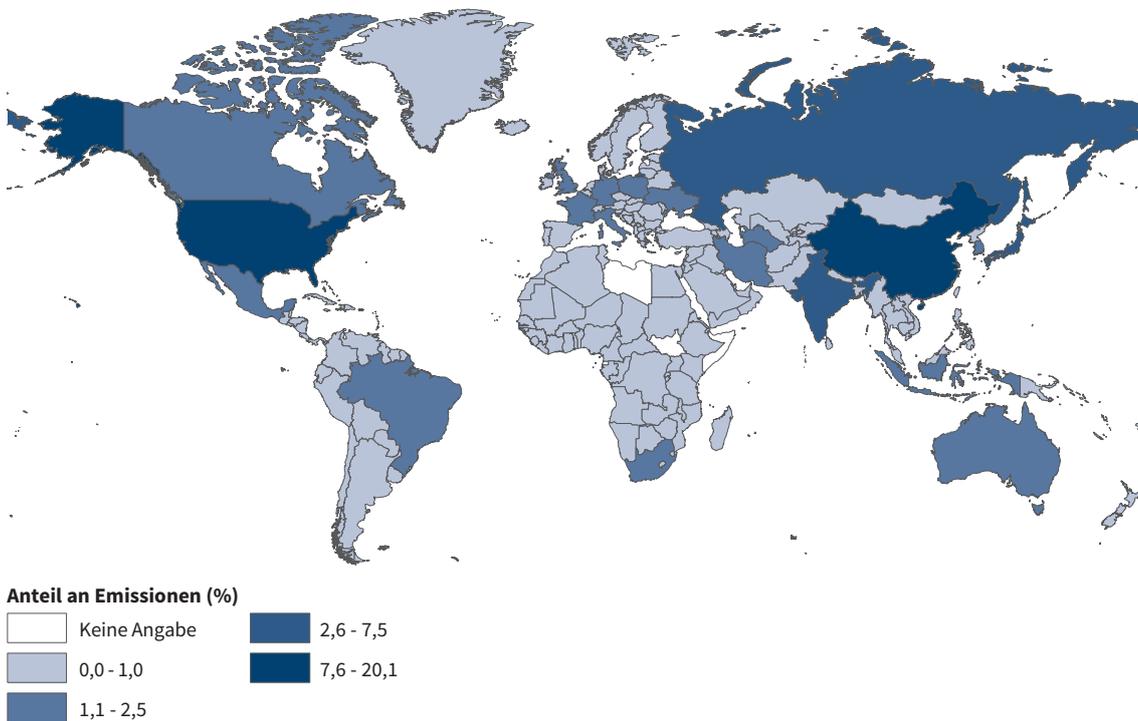
Ratifizierung des Klimaabkommens

a) Paris-Abkommen: Status der Ratifizierung



*Stand 16.8.2017

b) Weltweiter Anteil an Treibhausgasemissionen



Quellen: PIK Potsdam; Paris Reality Check (2017); Climate Analytics; Paris Agreement Ratification Tracker (2017).

Zusage von 100 Mrd. US-Dollar, um damit den Klimaschutz in Schwellen- und Entwicklungsländern sowie Anstrengungen zur Anpassung an den Klimawandel zu sichern.

Neben Entscheidungen zur Klimafinanzierung stand in Marrakesch zudem die Erreichung der bisher-

gen Klimaschutzziele bis 2020 im Vordergrund, um die Umsetzung des Paris-Abkommens zusätzlich voranzubringen. Aufgrund der Tatsache, dass die derzeitigen Klimabeiträge nicht zur Eindämmung des Klimawandels ausreichen, soll konkret die Zusammenarbeit über die nationale Ebene hinaus verstärkt werden. In diesem

Zusammenhang wurde unter anderem die »Marrakesh Partnership for Global Climate Action« ins Leben gerufen, um Klimaschutzaktivitäten auf nationaler, subnationaler sowie privater Ebene in Form von Initiativen und Netzwerken anzuregen und zu bündeln (vgl. UNFCCC 2016). Hierfür sollen Rahmenbedingungen und Plattformen zur Zusammenkunft verschiedener Akteure bereitgestellt und die verschiedenen Prozesse mitverfolgt und dokumentiert werden.

KLIMASCHUTZINITIATIVEN WELTWEIT

Allgemein hat der Einfluss weltweiter Initiativen auf nicht-staatlicher Ebene in den letzten Jahren, nicht zuletzt aufgrund des eher schleppenden Kyoto-Prozesses, zunehmend an Bedeutung gewonnen. Zahlreiche Beispiele für regionale, nationale sowie grenzüberschreitende Zusammenarbeit belegen den inzwischen gewachsenen Willen unterschiedlicher Akteure, dem Klimawandel zu begegnen und die Abkommen auf staatlicher Ebene zusätzlich zu unterstützen. Zu den bekanntesten Zusammenschlüssen auf Städteebene zählen z.B. der auf EU-Ebene tätige »Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie« oder auch die »C40 Cities Climate Leadership Group« (vgl. Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie 2017; C40 Cities 2017). Darüber hinaus wurde in den letzten Jahren auch eine ganze Reihe von Initiativen für Unternehmen gestartet. So beispielsweise die von WWF ins Leben gerufene Initiative »Climate Savers«. Hierbei werden Unternehmen, die besonders ambitionierte Emissionsziele erreichen, von WWF als »Klimaretter« ausgezeichnet. Weitere Netzwerke auf Unternehmensebene sind z.B. »3C – Combating Climate Change«, die sich bereits seit 2007 für einen politischen Wandel einsetzten sowie das »Carbon Disclosure Project« (vgl. *Handelsblatt* 2007).

Auch vor dem Hintergrund der gegenwärtigen politischen Lage in den USA kommt akteursübergreifenden Bündnissen eine immer wichtigere Bedeutung zu: Im Juni verkündete US-Präsident Trump den Austritt der Vereinigten Staaten von Amerika aus dem Klimaabkommen von Paris, nachdem er bereits im März eine Abkehr von dem unter Barack Obama entwickelten *Clean Power Plan* angeordnet hatte (vgl. *The Guardian* 2017; *New York Times* 2017). Er bezeichnet das Abkommen in seiner Rede den USA gegenüber als unfair, da diese seinen Aussagen zufolge mehr Maßnahmen als andere Staaten ergreifen und unverhältnismäßig viel in den Klimafonds einzahlen müssten. Ein Austritt aus dem Abkommen sei seinen Aussagen zufolge daher nötig, um Jobs in den USA zu halten und dem Land genügend Geld zur Verfügung zu stellen (vgl. *The White House* 2017). Längst nicht alle Politiker der USA stimmen dem Präsidenten in diesen Beschlüssen zu. So gründeten die demokratischen Gouverneure New Yorks, Washingtons und Kaliforniens noch am selben Tag die »US Climate Alliance«. Deren Mitglieder haben beschlossen, das Übereinkommen von Paris weiter ein-

zuhalten und damit weiterhin das amerikanische Ziel, mehr als 26% der Treibhausgasemission von 2005 bis 2025 einzusparen oder ein gleichwertiges bzw. höheres eigenes Ziel zu erreichen. So wollen z.B. Kalifornien und New York den CO₂-Ausstoß bis 2030 um 40% gegenüber 1990 verringern (vgl. *State of California* 2017; *New York State* 2017). Die Allianz hat keine rechtliche Bindung, sondern bündelt nur die Staaten, die dieses Ziel erreichen wollen (vgl. Brown et al. 2017). Mittlerweile sind jedoch bereits 14 Staaten Mitglieder der Allianz, darunter einige Staaten mit republikanischen Gouverneuren. Das Bündnis verkörpert dadurch mehr als ein Drittel der amerikanischen Bevölkerung (vgl. *U.S. Climate Alliance* 2017).

Diese Initiativen sind in den USA jedoch kein absolutes Novum. Bereits unter dem Kyoto-Protokoll hatten sich verschiedene Bundesstaaten beispielsweise zu Verbänden wie »North America 2050« oder der »Pacific Coast Collaborative« zusammengeschlossen, um Treibhausgasemissionen unter anderem durch Energieeffizienzmaßnahmen und Verbesserungen im Transportsektor zu verringern (vgl. C2ES 2014). Darüber hinaus wurden regionale Emissionshandelssysteme wie RGGI (*Regional Greenhouse Gas Initiative*) und dem WCI (*Western Climate Initiative*) eingerichtet.

AUSBLICK

Der Erfolg aller weltweiten Anstrengungen hängt letztlich wesentlich davon ab, wie effektiv die getroffenen Abkommen in Zukunft umgesetzt werden. In den kommenden Klimaverhandlungen von Bonn (Ende 2017, unter der Präsidentschaft von Fidschi) und Polen (Kattowitz) steht vor allem die Schaffung geeigneter Instrumente zur Umsetzung des Pariser Abkommens im Vordergrund (vgl. IWR 2017). Dabei soll ein Regelbuch, das die Details der Anwendung des Pariser Abkommens festlegt, erstellt werden. Dieses soll Ende 2018 in Polen verabschiedet werden (vgl. BMUB 2017). Noch unklar ist inzwischen ob und inwieweit die USA ihre Austrittspläne wieder entschärfen. Der Verbleib im Pariser Abkommen wird dabei jedoch von für sie günstigeren Bedingungen abhängig gemacht (vgl. *Zeit Online* 2017).

LITERATUR

Brown, C. und I.W. Serve (2017), »Announce Formation of U.S. Climate Alliance«, verfügbar unter: <https://www.gov.ca.gov/news.php?id=19818>.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – BMZ (2017), »Neue Partnerschaft für den Klimaschutz«, verfügbar unter: <https://www.bmz.de/de/themen/klimaschutz/NDC-Partnerschaft/index.html>.

C40 Cities (2017), »History of the C40«, verfügbar unter: <http://www.c40.org/history>.

Europäische Kommission (2017), »EU Climate Action«, verfügbar unter: https://ec.europa.eu/clima/citizens/eu_en.

Government of India (2015), India's intended nationally determined contribution: working towards climate justice, verfügbar unter: <http://ceew.in/pdf/ceew-india-indcs-re-and-the-pathway-to-p.pdf>.

Government of the People's Republic of China (2015), »Enhanced Actions on Climate Change: China's Intended Nationally Determined Contributions«, verfügbar unter: http://www.china.org.cn/environment/2015-06/30/content_35950951.htm.

Handelsblatt (2007), »Gemeinsam gegen den Klimawandel«, verfügbar unter: <http://www.handelsblatt.com/technik/energie-umwelt/klimaschutzinitiativen-gemeinsam-gegen-den-klimawandel/2835778.html>.

Hickmann, Th. (2017), *Globale Klimapolitik nach Paris*, Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V., verfügbar unter: https://www.researchgate.net/profile/Thomas_Hickmann/publication/318463493_Globale_Klimapolitik_nach_Paris/links/596ca457a6fdcc18ea7ccd40/Globale-Klimapolitik-nach-Paris.pdf.

International Carbon Action Partnership (2017), »Cap Cetting«, verfügbar unter: <https://icapcarbonaction.com/en/about-emissions-trading/cap-setting>.

IWR (2017), »Was auf der Klimakonferenz in Bonn geplant ist«, verfügbar unter: <http://www.iwr.de/news.php?id=33263>.

Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie (2017), »Der Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie«, verfügbar unter: http://www.konventderbuergermeister.eu/about/covenant-of-mayors_de.html.

New York State (2017), »Mitigation of Climate Change«, verfügbar unter: <http://www.dec.ny.gov/energy/99223.html>.

New York Times (2017), »Trump will withdraw U.S. from Paris climate agreement«, verfügbar unter: <https://www.nytimes.com/2017/06/01/climate/trump-paris-climate-agreement.html?mcubz=1>.

Potsdam Institut für Klimafolgenforschung e.V. (2017), »Paris Reality Check«, verfügbar unter: <https://www.pik-potsdam.de/primap-live/>.

State of California (2017), »California Climate Strategy«, verfügbar unter: <http://climatechange.ca.gov/>.

The Climate Group (2017), »Spotlight on China as New Emissions Trading System Is Set to Revamp the Global Market«, verfügbar unter: <https://www.theclimategroup.org/news/spotlight-china-new-emissions-trading-system-set-revamp-global-market>.

The Guardian (2017), »Trump to Sign Executive Order Undoing Obama's Clean Power Plan«, verfügbar unter: <https://www.theguardian.com/environment/2017/mar/26/trump-executive-order-clean-power-plan-coal-plants>.

The White House – Office of the Press Secretary (2017), »Statement by President Trump on the Paris Climate Accord«, 1. Juni, verfügbar unter: <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2017/06/01/statement-president-trump-paris-climate-accord>.

UNFCCC (2016), *Marrakesh Partnership for Global Climate Action*, verfügbar unter: http://unfccc.int/files/paris_agreement/application/pdf/champions_outcome_draft_v4.pdf.

U.S. Climate Alliance (2017), »United States Climate Alliance«, verfügbar unter: <https://www.usclimatealliance.org/>.

Zeit Online (2017), »USA könnten im Pariser Klimaabkommen bleiben«. Online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-09/usa-rex-tillerson-klimawandel-paris-abkommen-einlenken>